

A. James Reimer

Gibt es legitime Gewalt?

Kann der Einsatz von auch aus dem Blickwinkel „pazifistischer“ Traditionen wie bei den Mennoniten Gewalt manchmal berechtigt sein, um Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten? Das ist die Leitfrage für das „Forschungsprojekt Friedenstheologie“, einer neuen Initiative des Mennonite Central Committee (MCC). Als Reaktion auf die Ereignisse des 11. September 2001 hat das MCC-Friedensbüro in Akron beträchtliche Gelder für dieses zweijährige Studienprojekt bereit gestellt, das den legitimen und illegitimen Gebrauch von Gewalt untersuchen soll. Das Studienprojekt, das von einem Dreier-Komitee geleitet wird, wird Konsultationen und regionale Treffen veranstalten, dazu ein großes Kolloquium in Akron im August 2004, und die einzelnen Beiträge und Arbeitsergebnisse sollen in einem Abschlussband veröffentlicht werden.

Mennoniten haben eine Friedenstheologie entwickelt, die die Gemeindeglieder dazu anhält, tödende Gewalt als angeblich berechtigte Antwort auf Gewalttätigkeit abzulehnen. Wir haben statt dessen versucht, alternative und kreative Methoden im Umgang mit der Gewalt und den der Gewalt zugrunde liegenden Situationen zu entwickeln, so zum Beispiel Täter-Opfer-Ausgleichsprogramme, christliche Friedensstifter-Teams und sogenannte Konflikt-Transformation durch Mediation. Wir haben es immer abgelehnt, den Krieg als legitimes Mittel der Politik anzusehen, aber wir haben meist nicht gewusst, was wir von „Polizeiaktionen“ aller Art zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung halten sollten.

Der Zweck des oben genannten „Forschungsprojekts Friedenstheologie“ ist es, genau diesen Bereich der Polizei-Maßnahmen auf allen Ebenen zu untersuchen. Wie sollen Christen, die sich einer gewaltlosen Haltung gegenüber dem Bösen verpflichtet fühlen, sich zu Situationen stellen, wo 1) ein Zusammenbruch jeglicher bürgerlicher Ordnung dazu führt, dass Menschen massenweise umgebracht werden (im früheren Jugoslawien, Somalia, Sudan oder Ruanda); 2) terroristische Gewalttaten als Ausdruck von Protest und Zorn gegenüber empfundener Ungerechtigkeit geschehen oder wo Staaten selbst, ihre Sondereinheiten oder paramilitärische Gruppierungen unterdrückerische Gewalt gegenüber Aufständischen ausüben (Besatzungspolitik Israels, amerikanische Dominanz oder brutale Polizei-Einsätze); 3) Kriminalität die Sicherheit der Bürger bedroht? Ich muss dem MCC meine Anerkennung aussprechen, dass es diese mutige Initiative ergriffen hat, um solche unendlich schwierigen Fragen anzupacken, um die sich Mennoniten in der Regel herumgedrückt haben. Die Frage wird sein, ob das MCC mit seiner starken Bindung an die traditionellen Antworten auf solche Fragen den Mut haben wird, neue Wege zu weisen und sie zu unterstützen

Der mennonitische Intellektuelle, der sich in unseren Tagen am intensivsten mit diesen Dingen befasst hat, ist ohne Zweifel John Howard Yoder. Schon 1964 in seinem Klassiker „Das christliche Zeugnis gegenüber dem Staat“ und dann in vielen nachfolgenden Publikationen hat Yoder praktisch zu allen oben genannten Themenbereichen Stellung genommen und durch seine scharfen Analysen, durch eindringliche Fragen und scharfkantigen Antworten sozusagen die Tagesordnung vorgegeben. Er war es, der zuerst die Unterscheidung zwischen Krieg und Polizeieinsatz einführte, was implizit die Legitimität der Polizei, aber nicht des Krieges bedeutete, obwohl er das nie explizit ausführte.

1984 debattierten der Theologe der Brethren-in-Christ-Kirche Ronald Syder und der anglikanische Moralphilosoph Oliver O'Donovan in Oxford, und ihr Gespräch wurde als *Peace and War: A Debate about Pacifism* (Grove Books, 1985) veröffentlicht. O'Donovan trat ein für Abschreckung und den begrenzten Einsatz von Gewalt mit konventionellen Waffen bei der Verteidigung eines bedrohten Opfers. Syder vertrat den traditionellen Pazifismus, das heißt die Ablehnung jeglichen Krieges und jeglicher Gewalt. Er räumte aber ein, dass ein gewisses Maß an Polizeigewalt in einer gefallenen Welt nötig ist und dass man sie unterstützen könne, solange sie nicht tödlich wirkt. O'Donovan wies, meines Erachtens zu Recht, darauf hin, dass es naiv ist zu glauben, dass ein effektiver regionaler oder globaler Polizei-Einsatz möglich sein sollte ohne zumindest die Androhung von auch tödlicher Gewalt. Natürlich bedeutet das, dass sich alle Energie trotzdem vor allem darauf richten muss, alternative, nicht-tödliche Formen von Polizeiaktionen und Konfliktlösungen zu entwickeln und zu finanzieren.

Obwohl ich über diese Dinge nachdenke, so lange ich mich erinnern kann, habe ich sie erst kürzlich in zwei kurzen öffentlichen Beiträgen angesprochen: „God is Love but Not a Pacifist“ (*Canadian Mennonite*, July 26, 1999) und „Christians, Policing, and the Civil Order“ (*Canadian Mennonite*, August 30, 1999), also noch vor der jetzigen Initiative des MCC. Im ersten Beitrag habe ich ausgeführt, dass ich mich ganz unserem Erbe und seiner Verpflichtung auf Frieden und Gewaltlosigkeit verbunden fühle. Aber ich habe dafür plädiert, dass wir uns der Tatsache stellen, dass das Böse und die Neigung zur Gewalt nicht nur überall in der Gesellschaft, sondern auch in uns selbst vorhanden sind, und dass unsere Freiheit und unsere Möglichkeiten, Böses und Gewalt zu überwinden, sehr begrenzt sind.

Ich habe in dem ersten Artikel vorgeschlagen zu bedenken, dass die christliche Lehre von der Dreieinigkeit Gottes wesentlich ist für ein angemessenes Verständnis der menschlichen Haltung zu Gewalt und Gewaltlosigkeit. Das Bekenntnis zur Dreieinigkeit bedeutet, dass der Schöpfer, der Retter und der heute wirksame Geist drei Weisen sind, den einen Gott zu verstehen. Aus menschlicher Sicht gibt es Unterschiede, wie Gott in der Welt handelt (die „ökonomische“ Trinität), aber diese Unterschiede gibt es nicht in Gott selbst (der „immanenten“ Trinität). Die Aussage, dass Gott sich voll in Jesus von Nazareth offenbart hat, bedeutet noch nicht, dass

alles gesagt ist, was über Gott in seiner geheimnisvollen, ewigen Existenz zu sagen wäre. Das ist ein wichtiger Aspekt für Mennoniten, die immer den gewaltlosen, opferbereiten Christus als allumfassende Offenbarung Gottes verstanden haben. Entscheidend für diese Diskussion, die wir hier nicht ausführlich darlegen können, ist die Beziehung des ewigen Christus (des „Sohnes“, des Logos, der Weisheit/Sophia) zu Jesus von Nazareth. Der irdische Jesus, der den Weg des Leidens bis ans Kreuz ging, hat sich nie mit dem „Vater“ gleichgesetzt, obwohl er „Einheit“ mit dem „Vater“ für sich beanspruchte.

Mein zentraler Punkt war, dass Christen, Nachfolger des Jesus von Nazareth, des Christus, dazu berufen sind, gewaltlose Friedensstifter in dieser Welt zu sein, aber dass Gott in seinem tiefsten Wesen alle menschlichen und ethischen Systeme übersteigt. Gott ist die Quelle allen Lebens, und als solche ist sie frei, Leben zu geben und zu nehmen, um sein letztes, liebevolles, göttliches Ziel mit „seiner“ Schöpfung zu erreichen. Mit anderen Worten, auch wenn Gottes Wesen Liebe ist, können wir streng genommen nicht sagen, Gott sei „Pazifist“ in irgend einem menschlichen Sinn. Wir als Mennoniten können Gott nicht gefangen setzen in unserer Ethik der Gewaltlosigkeit.

Es ist richtig, dass Gott in Jesus Christus das Ziel, wenn man will: das „Saatkorn“ für das Universum enthüllt hat, die letztendliche Versöhnung aller Dinge als Endpunkt aller Wirklichkeiten. Wie wir jedoch dieses Ziel erreichen, bleibt weithin Gottes Geheimnis. In einer gefallenen Welt voller Bosheit und Gewalt mag Gott auch uns gewaltsam erscheinende Mittel gebrauchen, um sein Ziel zu erreichen. Das rechtfertigt nicht, dass wir solch gewaltsame Methoden benutzen. Hier stimme ich Miroslav Volf zu, der in seiner Arbeit *Exclusion and Embrace* (Abingdon Press, 1996) darauf besteht, dass Gottes Zorn und Gottes Gericht nicht dahin ausgebeutet werden dürfen, dass unsere Anwendung von Gewalt gerechtfertigt sei. Sondern gerade weil die Vergeltung Gott überlassen bleibt, sind wir Menschen frei, uns nicht rächen zu müssen. Aber diese Position beantwortet noch nicht die härteren Fragen danach, ob es menschliche Teilnahme an solchen gewalttätigen Mitteln geben kann, um das gottgegebene Mandat zu erfüllen, Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten, und um menschliches Leben zu beschützen. Denn welche Agenten des Handelns hat Gott, um mit ihnen göttliche Ziele der Geschichte zu erreichen, wenn nicht Menschen?

Das ist der Bereich, wo Volfs einflussreiche Arbeiten einen blinden Fleck haben. Diese Frage greife ich in meinem zweiten oben erwähnten Artikel „Christians, Policing and the Civil Order“ auf. In meinem Beitrag habe ich einige Konsequenzen einer trinitarischen Theologie für die Sozialethik aufgezeigt. Ich unterscheide zwischen 1) „Polizeiaktionen“ als Bezeichnung für legitime Anwendung staatlicher Macht und Zwang auf lokaler, regionaler, nationaler oder internationaler Ebene und 2) „Kriegführung“ als illegitimer Anwendung von Gewalt. Ich rechtfertige erstere aus biblischen, historischen und theologischen Gründen, weil sie mit dem göttli-

chen Mandat zusammengeht, das Böse in Schach zu halten und das Gute zu bewahren und zu fördern, was für die Kriegführung so nicht zutrifft.

Auch wenn es nicht immer leicht ist, zwischen Polizeiaktionen und Kriegführung zu unterscheiden und festzustellen, wann genau die eine Form in die andere übergeht, so sind dies beides doch zwei qualitativ unterschiedliche Arten, Zwang auszuüben, die auf ganz verschiedenen Prämissen beruhen. Eine Polizeiaktion ist dem Bemühen verpflichtet, Recht und Ordnung zu bewahren, im Idealfall auch geleitet vom Respekt für das Leben, einschließlich des Lebens des Übeltäters, in biblischer Sprache gesprochen also ein Ansatz der Feindesliebe, voll Respekt für die Würde des anderen, der auch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist. Als pazifistisch-mennonitischer Denker gegen solche Polizeiarbeit Stellung zu nehmen, ist nach meiner Überzeugung ein Akt intellektueller Unehrllichkeit, wenn man nicht alle öffentlichen Versuche, die bürgerliche Ordnung zu schützen, in Bausch und Bogen verdammt. Der Krieg andererseits nimmt von seiner inneren Logik her keine Rücksicht auf den Auftrag, Gutes zu beschützen und Böses zurückzudrängen, egal was die jeweiligen Regierungen dazu sagen, sondern er verletzt in Wahrheit das Gute und gebraucht seinerseits unbegrenzt böse Mittel, um im nationalen Eigeninteresse das angeblich Böse der Anderen zu bezwingen. Die Beispiele sind zahllos.

Das wirft nun die Frage auf, ob und gegebenenfalls wie die Kirche, auch wenn sie primär dazu gerufen ist, die sogenannte „Vollkommenheit Christi“ zu proklamieren und abzubilden, in einer gefallenen Welt doch auch einbezogen ist in das bewahrende Handeln Gottes durch Institutionen der Autorität, der Macht und der Zwangsmittel wie oben beschrieben. Mein Vorschlag ist, dass die Kirche 1) solche Institutionen nicht als von vornherein dämonisch oder feindlich betrachten sollte, sondern als legitime, göttlich vorgesehene Beauftragte in dieser Welt. Die Kirche sollte für diese „Ordnungsmächte“ in ihrer begrenzten, aber doch legitimen Funktion beten und sie unterstützen. 2) Die Kirche sollte als eine kritische und profetische Wächterin die Institutionen der Macht daran erinnern, dass sie ihren begrenzten Auftrag, auch durch den Gebrauch von Macht und manchmal Gewalt das Böse zu hindern und das Gute zu schützen, nicht überschreiten darf. Krieg zu führen wäre beispielsweise eine solche Überschreitung dieser Grenze. 3) Die Kirche sollte also durch ihr Gebet, durch Weisheit und Initiative nicht nur direkte Friedens- und Versöhnungsarbeit in der Welt unterstützen, sondern auch sozusagen „indirekte Friedensarbeit“ wie friedenserhaltende Maßnahmen von Regierungen oder Nicht-Regierungs-Organisationen durch Polizeimaßnahmen, Gefängnisarbeit, Sozialarbeit, Bürgerrechten und dergleichen. Solche Unterstützung kann in der Form geschehen, dass einzelnen und Gruppen innerhalb der Kirche geholfen wird zu entscheiden, ob sie zu Werkzeugen in Gottes bewahrendem Handeln berufen sind und was es bedeutet, im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten ihrem Auftrag treu zu sein. In der Kirche gibt es eine Fülle von Berufungen, von der Berufung zu direkter Friedens- und Versöhnungsarbeit bis hin zu mehr indirekter Friedensarbeit durch die Beteiligung am kulturellen und politischen Leben auf allen Ebenen. Die Kirche

kann ihre einzigartige Verpflichtung nicht aufgeben, auch den Feind zu lieben, aber sie wird auch auf unterschiedliche Meinungen darüber gefasst sein müssen, wie dieses Prinzip verstanden und in der konkreten gesellschaftlichen Situation angewandt wird, welche Form also die Feindesliebe in verschiedenen Situationen des Alltags oder gar in Krisen annehmen wird.

Man könnte fragen, ob ich hier nicht die traditionelle mennonitische Friedensposition völlig verraten habe. Ich glaube das nicht. Ich kenne keinen Täufer im 16. Jahrhundert, die die Notwendigkeit starker ziviler Institutionen bestritten hätte, um die Bösen zu bestrafen, Übeltäter in die Schranken zu weisen und die Unschuldigen auch mit Gewalt zu schützen. Bei einigen, so bei Menno, können auch Obrigkeiten Christen sein und müssen sich dann an christlichen Prinzipien messen lassen. Was die Täufer tatsächlich ablehnten, war mutwilliges Blutvergießen, besonders im Falle religiöser Abweichung wie bei ihnen selbst.

Die Täufer der ersten Generation gaben ganz unterschiedliche Antworten auf die Frage, bis zu welchem Grad wiedergeborene Christen wie sie selbst an der legitimen und notwendigen Tätigkeit der Obrigkeiten teilhaben könnten. Die vorherrschende Meinung, wie sie sich in der zweiten und den folgenden Generationen herausbildete, war die, dass „innerhalb der Vollkommenheit Christi“ zu leben bedeutet, jegliche Beteiligung an obrigkeitlichem Handeln abzulehnen, wenn es mit tödlicher Gewaltanwendung verbunden war. Sie erreichten eine Position der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen für sich selbst, aber sie verlangten nicht, dass diejenigen „außerhalb der Vollkommenheit Christi“ (in der Terminologie des Bekenntnisses von Schleithem von 1527) sich von aller todbringenden Gewalt fernhalten müssten; man sollte vielmehr für sie beten und sie aus der Ferne unterstützen. So etwa sieht es das Dordrechter Bekenntnis von 1632, und das blieb die vorherrschende mennonitische Haltung bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Grundlage dieser Haltung war eine Version der sogenannten „Zwei-Reiche-Lehre“, die nicht davon ausging, dass Gottes gesamtes vorhersehendes und bewahrendes Handeln für die Welt durch die Kirchen geschieht; vielmehr handelt Gott in bewahrender und erlösender Weise auch außerhalb der Gemeinschaft der Glaubenden. Erst durch den Einfluss der Aufklärung, besonders durch deren optimistisches Bild der Geschichte und der menschlichen Natur, begannen Mennoniten sozusagen in einer „Ein-Reich-Idee“ zu denken, der zufolge die Lehren Christi von der Wehrlosigkeit allgemeine Gültigkeit bei allen Konflikten der menschlichen Gesellschaft beanspruchen sollten.

Ist Gewalt, möglicherweise sogar bewaffnete Gewalt, manchmal nötig und dann auch legitim in einer sündhaften Welt? Mit unseren Vorfahren aus dem frühen 16. Jahrhundert ist meine Antwort: Ja. Die Frage für uns als Mennoniten ist, wie wir uns als einzelne und als Gemeinschaft zu dieser Notwendigkeit stellen. Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, diese Konzepte von zwei Reichen oder einem Reich, von Christus und Kultur bzw. Welt, Kirche und Staat bzw. Gesellschaft neu

zu durchdenken. Die Unterschiede zwischen den „Konservativen“ und den „Liberalen“ (und den „Sozialisten“) in unseren Reihen haben mit dieser Vorstellung des Reiches Christi zu tun. Das Denken in zwei Reichen und demzufolge die Überzeugung, dass Gewalt manchmal nötig ist, um Böses zurückzudrängen und Gutes zu schützen, beruht auf einem sehr radikalen Bild des Bösen in der Welt. Konflikte und zerbrochene Gemeinschaft, individuell, sozial oder weltweit, können ohne göttliche Intervention nicht so einfach gelöst oder geheilt werden. Das ist die Wahrheit der Konservativen. Die Gefahr und auch die Unwahrheit dieser konservativen Sicht ist, dass sie nur zu oft dazu missbraucht wurde, unkritisch eine konservative, „rechte“ politische Ideologie im Dienst der modernen Nationalstaaten zu sein. Genau das ist in weiten Bereichen der amerikanischen mennonitischen Gemeinschaft geschehen.

Als Reaktion auf diesen Missbrauch des traditionellen mennonitischen Denkens in zwei Bereichen hat eine erhebliche Anzahl mennonitischer Denker im 20. Jahrhundert dieses „Zwei-Reiche-Denken“ gänzlich abgelehnt zugunsten einer „noch nicht – doch schon“-Perspektive der Geschichte. Das ist dann tatsächlich eine Form eines einlinigen Denkens, in dem der gegenwärtige geschichtliche Moment, sei es in der Kirche oder in der weiteren Gesellschaft, potentiell schon eine teilweise Verwirklichung des zukünftigen Reiches Gottes darstellt. Geschichtlich gewordene mennonitische Prioritäten wie die Ablehnung von Gewalt und die Wehrlosigkeit für Christen werden so transformiert in die Vorstellung von gewaltlosem Widerstehen, Konfliktlösung und Mediation, die jeweils als auf die gesamte Gesellschaft anwendbar gesehen werden. Mit anderen Worten, historische mennonitische Prinzipien, die wiedergeborene Christen innerhalb der Vollkommenheit Christi leiten sollen, werden nun auf die angewandt, die außerhalb der Vollkommenheit Christi leben, ohne dass eine geistliche Neugeburt nötig wäre. Das ist es, was ich liberal oder sozialistisch nenne, Sozialismus als Radikalisierung des Liberalismus verstanden. Und es ist ja auch eine Wahrheit darin. Denn wenn, wie Yoder und nun Stanley Hauerwas behaupten, Gottes Offenbarung in Christus, nämlich der Weg des Kreuzes und der gewaltfreien Liebe, das „Samenkorn des Universums“ ist, dann bezieht sich das, was in Christus enthüllt wurde, auf die Gesellschaft als Ganze, auf die ganze Welt und den ganzen Kosmos. Das Problem ist nur, dass einige Zwischenschritte dabei verloren gehen. Ein solcher vergessener Schritt bezieht sich darauf, dass die Zähigkeit von Bosheit und Gewalt unterschätzt wird. Diese Zähigkeit der Gewalt in der Welt nach dem Fall und vor der Vollendung verlangt Institutionen und Maßnahmen, die das Böse begrenzen. Das haben konservative Geister einschließlich der Täufer immer gewusst, aber Liberale haben damit ihre Schwierigkeiten.

Das Problem für uns Mennoniten des 21. Jahrhunderts ist, wie wir eine Art von Zwei-Reiche-Denken wieder gewinnen können, aber die Beziehung zwischen den zwei Reichen besser verstehen, zwischen der gefallenen und gewalttätigen Welt und den „wiedergeborenen“ Christen, die dem „Saatkorn des Universums“ verpflichtet sind. Der Grund, warum diese Neubestimmung nötig ist, liegt darin, dass

wir, vielleicht stärker als täuferisch-mennonitische Traditionalisten vor dem 20. Jahrhundert, die gegenseitigen Abhängigkeiten und die Zweideutigkeiten allen Lebens besser sehen. Es gibt keine absoluten Grenzen mehr zwischen denen, die „innerhalb der Perfektion Christi“ sind und denen „außerhalb“. Gott wirkt durch seinen bewahrenden, vorhersehenden, belebenden und wieder herstellenden Geist in beiden Bereichen. Das hat zur Folge, dass Christen, die ganz bewusst ihren Glauben an Christus bekennen, sowohl in der Kirche als auch in der Welt vor allem gewaltfreie Mittel der Konfliktlösung entwickeln wollen, ohne die Illusion zu haben, dass alle Konflikte auf diese Weise gelöst werden können. Zwang, sogar bewaffnete Gewalt, im Zusammenhang mit dem, was ich Polizei-Einsätze genannt habe, kann manchmal nötig sein, um „unschuldige“ Menschen davor zu schützen, abgeschlachtet zu werden.

In seinem neuen Artikel „Culpable Nonviolence: The moral ambiguity of pacifism,” hat Ernie Regehr überzeugend dargestellt, was das für uns als historische Friedenskirche bedeutet (*Voices Across Boundaries: a multifaith magazine*, 1/1 [Summer, 2003]). Regehr, Gründer und Direktor des „Projekts Pflugscharen“, eines zwischenkirchlichen Zentrums für Friedensstudien mit Sitz in Waterloo, Ontario, befasst sich in diesem Artikel vor allem mit dem Krieg im Sudan, der seit 1983 mehr als zwei Millionen Menschenleben gefordert hat. Die internationale Gemeinschaft hat sich geweigert einzugreifen, wie es so oft der Fall ist, wenn Firmeninteressen und nationale Eigeninteressen im Spiel sind. Die Menschen im Sudan sind „Opfer des Nichttuns“. Während eines Besuchs einer Delegation im Sudan, zu der auch Regehr gehörte, sprach ihn ein sudanesischer Vertreter der Organisation IDO (Internally Displaced Persons) auf seine mennonitische Tradition an: Warum unterstützen die Mennoniten, die eine internationale Reputation für Hilfsbereitschaft und Friedensdienst haben, nicht eine sofortige militärische Intervention? Regehrs Antwort war: „Unsere Weigerung, nach militärischen Maßnahmen zu rufen, ist nicht Ausdruck von kaltschnäuziger Gleichgültigkeit, sondern Ausdruck einer grundsätzlichen Verpflichtung zur Gewaltlosigkeit.“ Der Sudanese zeigte sich nicht beeindruckt und fragte zurück: „Wie passt dieses Prinzip der Wehrlosigkeit zusammen mit der Weigerung der internationalen Gemeinschaft, auch nur einen Finger krumm zu machen gegen die pausenlose, unüberbietbare Gewalt gegen unbewaffnete und schutzlose Menschen im Südsudan?“ Das gleiche Argument trifft zu im Blick auf die Opfer in Angola, den Philippinen, Sri Lanka, Kaschmir, Burundi und drei Dutzend anderen Staaten bzw. Kriegen rund um den Erdball, meint Regehr und schließt daraus: „Es ist sicher nobel, die eigenen Interessen nicht durch Krieg oder Gewalt durchzusetzen. Staatlicher Gewalt aber die Unterstützung zu verweigern, wenn die Opfer dieser Weigerung nicht wir selbst sind, sondern andere in verzweifelter Schutzlosigkeit, ist zumindest eine höchst zweischneidige Tugend. Wenn die Weigerung, Gewalt anzuwenden, Menschenleben kostet, wird sie nun wirklich eine schuldbeladene Gewaltlosigkeit.“

Vorbeugende Maßnahmen, Schritte zur Abrüstung und Alternativen zu einer militärischen Aktion sind ganz klar vorzuziehen und sollten auch das primäre Anliegen der historischen Friedenskirchen sein. Aber es gibt Momente, jedenfalls nach Regehr, die uns nur die „teuflische“ Wahl zwischen der Preisgabe unschuldiger Opfer und militärischer Aktion mit möglicherweise tragischen Konsequenzen lassen. Was wir brauchen, meint Regehr, ist eine „theologische Lehre eines gerechten Pazifismus“, die Gewalttätigkeit nicht nur vermeidet, sondern ihr vorbeugt. Die internationale Gemeinschaft hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, in extremen Fällen von Leiden unschuldiger Menschen in ansonsten souveränen Staaten einzugreifen, und das ist dann kein Krieg, sondern eine berechtigte Polizeiaktion. Es kann schon sein, dass generell unsere mennonitische Berufung oder unsere besondere Beauftragung in der ökumenischen Gemeinschaft darin besteht, dass wir selbst kompromisslos die Ablehnung aller tödlichen Gewalt durchhalten und auch andere zu diesem radikalen Glaubensgehorsam aufrufen. Aber ganz gewiss berechtigt uns das nicht, andere Christen und die internationale Gemeinschaft zu verdammen, wenn sie aus Motiven des Mitgefühls Ländern wie dem Sudan polizeilich zu Hilfe kommt, auch mit militärischen Mitteln. Vielmehr sollten wir auch in unseren Reihen solche Akte als eine mögliche Form der Nächstenliebe ermutigen und unterstützen.

A. James Reimer, Jahrgang 1942, Professor für Religion und Theologie am Conrad Grebel University College und an der Toronto School of Theology.

Aus: Mennonitisches Jahrbuch 2004, Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) K.d.ö.R.